

# Atlantis oder Europa?

Autor(en): **Haack, Hanns-Erich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **29 (1949-1950)**

Heft 8

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-159770>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# ATLANTIS ODER EUROPA?

VON HANNS-ERICH HAACK

Das Ringen um das Kräfteverhältnis in der Welt ist weniger laut, aber nicht weniger intensiv geworden. Die Schauplätze sind noch die gleichen. Für Europa steht verständlicherweise das Ost-West-Spannungsfeld im Brennpunkt der Betrachtung. Die Pole bilden der sowjetrussische und der amerikanische Kontinent, während alles was dazwischen liegt ungefragt mitbetroffen ist.

Die politische Entwicklung kann als eine Kurve vom «heißen» bis zum «kalten» Krieg dargestellt werden, die derzeit in einem wenig gemütlichen Weder-Kriegs-noch-Friedens-Zustand verharret. Die Gesamtlage hat jedoch einen bestimmenden und neuen Akzent durch die Erklärung Präsident Trumans erhalten, die Sowjetunion verfüge jetzt ebenfalls über die Atombombe. Damit ändern sich alle bisherigen Vorstellungen von einer absoluten Vormacht der USA in der Welt. Die Idee von der unangreifbaren, waffenstarrenden Festung Atlantis, allenfalls mit ihrem Vorwerk Europa, bricht zusammen. Für die meisten Europäer ist das keine Überraschung, denn es liegt ihnen seit einigen tausend Jahren die Gewißheit im Blut, daß keine Bäume in den Himmel wachsen. Wer von ihnen dies nicht glauben wollte, hat es an der jüngsten Vergangenheit Deutschlands erneut bestätigt gefunden.

Und gerade dieses Deutschland, das an seinem Übermut zerbrach und zerbrechen mußte, bildet heute gewollt oder ungewollt den neutralen Punkt eines sich einigenden Europas. Der Gefahren, die von allen Seiten dräuen, werden sich die verschiedenen Nationen bewußt, sie wissen auch, daß eine europäische Föderation die letzte Chance bedeutet, aber sie fragen sich, ob denn auf Deutschland Verlaß sei.

Die Not und das Elend, das zwei Weltkriege über dieses Land gebracht haben, und die feste Überzeugung, daß kein Volk in Europa, also auch nicht das deutsche, sein Schicksal unabhängig von dem seiner Nachbarn gestalten kann, hat tiefe Wirkungen verursacht. Es stellt sich sogar langsam ein Realitätssinn ein. Schon die Pariser Außenministerkonferenz der Großen Vier, die über das Schicksal Berlins zu Rate saß, wurde zurückhaltend kommentiert. Das gleiche gilt von der Europatagung in Straßburg. Man spendete keine Vor-schußlorbeeren und jammerte nicht über das, wie manche glauben, für Deutschland magere Ergebnis. Man ist sich der Hypotheken, die man sich durch seine Vergangenheit aufgelastet hat, wohl bewußt.

Gerade die Tatsache, daß sogar Winston Churchill sein eigenes Tempo für die Aufnahme Deutschlands in den Europarat gebremst hat, hat gute Folgen gezeitigt. Man erkannte, daß es noch vieler Anstrengungen bedürfe, um das Fundament jener Brücke zu bauen, die den Deutschen den Rückweg in die Völkergemeinschaft ermöglichen soll. Man sah auch ein, daß selbst eine konservative Regierung in England die europäische Frage nur sehr behutsam anfassen würde, also keineswegs mit jenem Schwung, den die Konservativen als Oppositionspartei vorschlagen, weil das Commonwealth mit seinen vielschichtigen Problemen nicht so ohne weiteres mit einer europäischen Wirtschaftsunion zu vereinbaren ist.

Die Zeiten, in denen ein Aristide Briand mit viel Emphase sein ehrliches Herz für einen Völkerbund erklären mußte, ohne dafür unbedingt zwingende, nüchterne Gründe anführen zu können, sind vorbei. Heute geht es nicht mehr um Gemütswallungen, sondern um eine rauhe Wirklichkeit, die eine *deutsch-französische Verständigung* als Voraussetzung für eine Einigung Europas unumgänglich macht. Außenminister Robert Schuman hat mehrfach derartige Gedankengänge umrissen und den Finger auf die brennende europäische Wunde gelegt: ob sich nämlich dieses Europa zwischen Ost und West selbständig behaupten kann, oder ob es nur als Appendix des einen oder anderen Kontinents weiterleben darf. Gerade in Frankreich wurde auch unter diesen Aspekten der Atlantikpakt betrachtet. Wenn auch die amerikanische Außenpolitik diese Gedankengänge immer wieder von verantwortlichen Männern, wie Byrnes, Marshall und Acheson, aber auch von so wichtigen Politikern wie John Forster Dulles und Vandenberg unterstreichen läßt, so ist es gleichwohl kein Geheimnis, daß zwangsläufig in einer spannungsgeladenen Welt der Streitmacht der großen Nationen ein beachtlicher Platz eingeräumt wird, wodurch die Gefahr entsteht, daß die Militärs die Überhand gewinnen.

So seltsam es auch klingen mag: gerade davor haben weite Kreise des deutschen Volkes eine nicht zu übersehende Angst. Die anderen mögen lauter schreien und ihre Stimme mag von den ausländischen Beobachtern stärker vernommen werden — wer aber wirklich den Dingen auf den Grund geht, der wird finden, daß das strategische Denken in keinem Lande so tief im Kurse steht wie in Deutschland. Nicht so als ob man glaube, in der Welt von morgen würde sich alles vernünftig und liebevoll regeln. Nein, mehr in dem andern Sinne, daß im europäischen Raum angesichts der Fortentwicklung der technischen Kriegsmittel mit der Strategie nichts mehr auszurichten ist.

So besteht eine offene deutsche Bereitschaft, mit den Franzosen die Selbstbehauptung Europas zu fördern. Man ist überzeugt, daß die Europäer, diese Schiffbrüchigen der modernen Zeit, heute noch über die Freiheit verfügen, ein tragfähiges Floß der «Meduse» zu

bauen, eine Freiheit, die ihnen morgen vielleicht nicht mehr vergönnt ist. Dabei übersieht man auch nicht die Ermahnungen, die aus den USA kommen, die Europäer möchten sich ein wenig beeilen!

In diesem Sinne hat die neue westdeutsche Bundesregierung das Mandat ihrer Wähler richtig dahin ausgelegt, zur Wahrung des Friedens notfalls auch noch weitere Verzichte auf Sachen und Rechte auf sich zu nehmen. Doch soll das nicht heißen, daß sie derartige Verzichte allein und einseitig leistet. Es sollten vielmehr endlich gerade jene Fehler vermieden werden, die nach dem ersten Weltkriege dem demokratischen Deutschland den Weg verbarriadiert haben. Ohnehin ist es für die Bundesregierung nicht leicht, dem Volke eine Selbsterkenntnis ohne Minderwertigkeitskomplexe und ein Selbstbewußtsein ohne Überheblichkeit beizubringen.

Die Fortsetzung der Demontage deutscher Industrien bildet in dieser Hinsicht eine besondere Gefahr für die Weiterentwicklung. Dabei ist die Erregung darüber in den Arbeiterkreisen sehr viel stärker als anderswo. Hätte man wenigstens gleichzeitig das Problem gelöst, wie das heillos überbevölkerte Westdeutschland künftig aus eigener Kraft leben könnte, dann würden die Demontagen schon anders beurteilt werden. Solange der Marshallplan noch funktioniert, wird es immer noch gerade gehen. Aber niemand erwartet von den USA, daß sie diese durchaus zweckbedingte Hilfestellung unbegrenzt fortsetzen werden, noch können. Ein überbevölkertes Westdeutschland, das nicht arbeiten kann, wird aber stets eine potentielle Gefahr für ganz Europa darstellen. Auch diese Überlegung führt zwingend zu einer echten europäischen Zusammenarbeit.

Das Ruhrstatut, das eine internationale Kontrolle über die Schwerindustrie stipuliert, kann dabei ebenso wie das Saarproblem zu einer brauchbaren Brücke werden. Dazu müßte lediglich die Überwachung der Ruhrindustrie auf die gesamte westeuropäische Schwerindustrie übertragen und die Saar ein echtes Bindeglied zwischen den Nachbarvölkern werden. Doch was hat es schon mit der Funktion eines Bindegliedes, noch mit einer saarländischen Autonomie zu tun, daß die Saarbevölkerung zwar nach Island oder ins Feuerland reisen darf, es ihr hingegen von der französischen Geheimpolizei unmöglich gemacht wird, ihre nächsten deutschen Anverwandten wenige hundert Meter von ihrer Wohnung entfernt aufzusuchen? Daß Frankreich wirtschaftlich an der Saarkohle interessiert ist, versteht man durchaus, ebenso wie ja die Saar weitgehend auf die französischen Minette-Erze angewiesen ist. Diese gegenseitigen Bedürfnisse lassen sich aber durch eine zweiseitige Regelung zwischen Frankreich und Deutschland im europäischen Rahmen ebenso wirksam wie dauernd befriedigen.

Es wäre verhängnisvoll, wenn an Stelle des europäischen Denkens

die Präventivkrieg-Gedanken, die einst im deutschen Volke eine so unheilvolle Rolle gespielt haben, heute von anderen Völkern übernommen würden. Aber nicht anders werden die immer wieder auftauchenden Gerüchte gedeutet, wonach zweihundert deutsche Divisionen als Wellenbrecher gegen die mögliche Gefahr der Sowjetunion willkommen wären. Was könnte sich Europa, das zwischen Scylla und Charybdis der Atombomben von hüben und drüben vegetiert, davon versprechen? Soll es zu den schon bestehenden Gefahren auch noch die einer sicheren Provokation der UdSSR und die unberechenbare eines aus der Not wiedererwachenden deutschen Militarismus auf sich nehmen? Denn eine echte Chance, in einem Atombombenkrieg mit Sowjetrußland Europa durch noch so viel Fußvolk auch nur in einem noch halbwegs gebrauchsfähigen Zustand zu retten, gibt es nicht.

Im Interesse der ganzen Welt muß zudem die Gefahr eines deutschen Militarismus durch eine Hinwendung der vorhandenen soldatischen Tugenden auf einen gesamteuropäischen Verband unter überstaatlichem Oberbefehl abgefangen werden. Müßte andernfalls nicht auch die deutsche Bundesregierung, die eine Vielzahl unlösbarer Probleme vor sich sieht, bei dem Gedanken bleich vor Schrecken werden, welche Komplikationen die knapp fünfzigjährigen Generäle auf die gesamte Politik ausüben würden, und wird sie sich nicht sogar an die Weimarer Zeit erinnern, an Männer wie Schleicher, von Papen und an all' das, was dann kam...?

Die Stunde fordert von den Menschen, die sich Europäer nennen wollen, keine Entscheidung für Eurasien oder Atlantis, sondern lediglich eine klare Entscheidung für Europa — womit allen freiheitliebenden Völkern der Welt sicher am besten gedient ist. Das ist eine Entscheidung für eine geistige Haltung und nicht für die eine oder andere Atombomben-Macht. In dem Mut zum Ausgleich unter den Völkern und zur Bezwingung der sozialen Aufgaben liegt die wichtigste Voraussetzung des Sich-Behauptens. Diese ganzen Probleme würden also darauf hinauslaufen, daß Europa zwischen den großen Kontinenten ungefähr jene vermittelnde und in sich ruhende Funktion übernehmen würde, die seit langem ein Land wie die Schweiz mit so viel Erfolg in Europa erfüllt hat.